

# „Fehlende Transparenz, fehlende Kohärenz“

## CORONA-GESETZE Menschenrechtskommission kritisiert Krisenpolitik

Jessica Oé

Zufrieden ist die Menschenrechtskommission zurzeit mit der Arbeit der Regierung nicht. In ihrer Stellungnahme zu den beiden neuen Corona-Gesetzen kritisiert die beratende Kommission unter anderem eine fehlende Transparenz bei den Zahlen, auf deren Basis die Entscheidungen getroffen werden. Aber auch die fehlende Kohärenz und Weitsicht bei den neuen Corona-Gesetzen ist ihr ein Dorn im Auge.

In Luxemburg steigen die Infektionszahlen in den vergangenen Wochen wieder an. Um die zweite Welle im Griff zu halten, hat die Regierung am Sonntag wieder neue Corona-Gesetze angekündigt, die nun im Schnellverfahren durch das Parlament verabschiedet werden sollen. Obwohl sie die Dringlichkeit der Situation verstehe, ist die Menschenrechtskommission alles andere als begeistert von dem Vorgehen der Regierung.

Die neuen Gesetze seien nur drei Tage, nachdem die vorher beschlossenen Maßnahmen vorgelegt worden seien, beschlossen worden. Dabei habe die Regierung selbst mehrfach betont, dass die neuen Maßnahmen ihre Effizienz erst nach einer gewissen Zeit zeigen würden. Die neuen Gesetzesprojekte sollen bis zum 24. Juli angenommen werden. Dies lasse allen direkt oder indirekt in den legislativen Prozess eingebundenen Parteien „nur zwei bis drei Tage“, um ihre Meinung mitzuteilen.

Die Kommission hinterfragt ebenfalls, wieso die Regierung die vorherigen Maßnahmen am 17. Juli mit einer Dringlichkeitsabstimmung vom Parlament verabschieden ließ, obwohl bereits abzusehen war, dass diese nicht ausreichen würden, um die Ausbreitung des Virus zu ver-

hindern. Dieses Schnellverfahren der Regierung würde das demokratische Verfahren in Luxemburg gefährden. In den Augen der Kommission könne man, „wenn man sich mehr Zeit nimmt, um die Gesetzesprojekte auszuarbeiten und eine mittelfristige Strategie entwickelt, die Qualität der gestimmten Texte verbessern“. Insbesondere wenn es um Gesetze gehe, die fundamentale Menschenrechte einschränken würden.

### Nicht mehr als zehn Gäste

Bezüglich des Gesetzes zur Beschränkung der privaten Treffen auf höchstens zehn Gäste, neben den Bewohnern der Wohnung selbst, kritisiert die Menschenrechtskommission die Transparenz der Regierung. Auch wenn man nicht infrage stelle, dass die Begründung des Gesetzes – die meisten Ansteckungen finden im Privaten statt und dort werden die Hygieneregeln nicht befolgt – stimme, würde die Kommission gerne die konkreten Daten einsehe. Man „bedauert“, dass diese nicht zur Verfügung stünden. Die Experten erinnern die Regierung deswegen wieder an ihre Kritiken vom 9. Juni und 13. Juli. Es sei wichtig, dass die Maßnahmen kohärent seien und alle Informationen mitsamt den Ergebnissen des Contact Tracing veröffentlicht werden. „Alle Entscheidungen der Regierung müssen auf überprüfbar, wissenschaftlichen Ergebnissen basieren“, schreibt die Kommission. Sonst seien die Einschränkungen der Menschenrechte äußerst problematisch.

Außerdem weist die Kommission auf einen möglichen Widerspruch in den angekündigten Maßnahmen hin. Wieso würden die Privatfeiern zu Hause auf maximal 10 Gäste beschränkt, wenn eine Privatfeier in einer Bar mit 20

Personen, je 10 pro Tisch, weiterhin erlaubt sei? Die Kommission legt der Regierung deswegen nahe, ihre Sensibilisierungs- und Kommunikationsstrategie zu verbessern. Dass manche Personen die Barrieregesten nicht respektieren, könnte auch daran liegen, dass es an einer klaren Kommunikation der Regierung fehle und die Inhalte der Kommunikation nicht immer übereinstimmen würden.

### Es braucht Ausnahmen

Beim Gesetz zur Bestrafung der Missachtung der Quarantäne und Isolierung von infizierten oder potenziell infizierten Personen nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass die Höhe der Strafen nicht übertrieben sei, vor allem im Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Allerdings stellt sie die Effizienz der Maßnahme infrage. In ihren Augen würde eine „klare, transparente und kohärente“ Kommunikation mehr Wirkung zeigen als die Einführung einer Strafe.

Außerdem solle man bei der Kontrolle und der Bestrafung bei einer eventuellen Missachtung der Quarantäne die Situation der jeweiligen Person in Betracht ziehen. Damit die Menschenrechte gewahrt bleiben, bräuchte es beispielsweise eine Liste mit Ausnahmen für die Quarantäne. Dazu zählen in den Augen der Kommission etwa dringende familiäre Gründe, wie etwa der Tod eines Familienmitglieds, die Flucht vor häuslicher Gewalt, das Aufsuchen eines Arztes bei gesundheitlichen Problemen, die Versorgung der Haustiere und andere Aktivitäten, bei denen keine wirkliche Ansteckungsgefahr bestehe. Diese müssten, unter strikten Hygieneregeln, möglich sein.

Die Menschenrechtskommission fordert die Regierung

außerdem dazu auf, das im Gesetz vorgesehene juristische Vorgehen zu überarbeiten. Zwar sei vorgesehen, dass die betroffenen Personen Einspruch vor einem administrativen Tribunal einlegen können. Doch dessen Präsident habe ausgesagt, dass eine „infizierte oder potenziell infizierte

Person“ vor dem Gerichtsgebäude abgewiesen würde. Jeder Mensch habe das Recht, vor Gericht zu erscheinen und Einspruch einzulegen. Dies müsse gewahrt werden.

Den kompletten Text der Position der Menschenrechtskommission zu den neuen Gesetzen finden Sie hier.



Die von Gesundheitsministerin Paulette Lenert und Premierminister Xavier Bettel angekündigten Gesetzesprojekte kritisiert die Menschenrechtskommission scharf

# Wieder ein überstürztes Gesetz

## Beratende Menschenrechtskommission zum neuen Covid-Gesetz

**LUXEMBURG** Die Beratende Menschenrechtskommission (CCDH), diesmal immerhin um eine Stellungnahme zum nächsten Covid-Folgegesetz gebeten, bedauert, dass angesichts der sehr knappen Frist eine tiefgreifende Analyse des neuen Textes kaum möglich ist. „Es ist entscheidend, der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen, die eine Vielzahl an Grundrechten einschränken, die notwendige Zeit einzuräumen“, schreibt die CCDH. Eine gesetzlich festgelegte mittelfristige Strategie würde die Qualität der Texte verbessern. Erst vor einer Woche hatte das Parlament ein neues Gesetz mit Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verabschiedet, obwohl Regierung und Parlament „bereits wussten, dass die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen, um die Ausbreitung des Virus wirksam zu bekämpfen“. Die CCDH erinnert auch daran, dass die Regierung Entscheidungen auf überprüfbaren wissenschaftlichen Daten fundieren muss. So weist das beratende Gremium etwa darauf hin, dass laut Einschätzung der Covid-19-Task-Force Hinweise vorliegen, die auf eine allgemeine Verbreitung des Coronavirus hindeuten und der Anstieg der Infektionszahlen nicht allein auf Infektionsherde zurückzuführen seien. Einerseits begründe die Regierung die neuen Einschränkungen im privaten Kontext mit den Ergebnissen der Kontaktnachverfolgung. Andererseits

behauptet die Regierung, die selben Daten würden keinen Rückschluss darüber erlauben, dass Maßnahmen in anderen Sektoren wie dem Horeca-Bereich, in der Bildung oder im Sport erforderlich seien. Mit einer fundierten Datengrundlage sei auch ein besseres Verständnis für Eingriffe der Politik möglich. So sei es beispielsweise wichtig zu erklären, warum das Infektionsrisiko bei privaten Treffen höher eingeschätzt wird als in Bars oder bei Sportaktivitäten, bei denen die physische Distanzierung auch nicht garantiert sei. Unklar ist in den Augen der CCDH, was unter „événements à caractère privé“ zu verstehen ist. Wäre ein Picknick mit mehr als zehn Gästen im Freien unter Einhaltung der „gestes barrières“ untersagt, während eine private Feier mit 20 Personen - zehn an einem Tisch und ohne Maskenpflicht - legal wäre?

Weiter bemerkt die Kommission, dass sich die Regierung vielleicht auch an die eigene Nase fassen muss, wenn, wie sie feststellt, die Empfehlungen der „Santé“ nicht immer eingehalten werden. Wichtig seien klare, präzise und nachvollziehbare Botschaften, die auch der Vielfalt der Bevölkerung Rechnung trügen. Das erachtet die CCDH denn auch als ein wirksameres Instrument als die im Gesetz geplanten Bußgelder für das Nichtbefolgen einer Quarantäneanordnung.

CB

# Loi Covid-19, suite

## Les députés doivent se prononcer aujourd'hui sur de nouvelles restrictions.

Les semaines se suivent et se ressemblent... Après avoir adopté les deux lois Covid-19 jeudi dernier, les députés se retrouvent cet après-midi pour voter des amendements à la seconde loi Covid-19. Ces nouvelles restrictions sont destinées à faire face au rebond du coronavirus dans le pays. Le projet de loi 7634 prévoit de rendre plus sévères les mesures actuellement en vigueur: pour les rassemblements à domicile ou pour des événements privés (dans un lieu fermé ou en plein air), il sera interdit d'accueillir plus de dix personnes. Il s'agit de dix personnes en plus de celles qui font partie du ménage. Dans ce cadre, les règles de distanciation de deux mètres et du port de masque ne sont pas à respecter; les personnes qui ne respectent pas les mesures d'isolement ou de mise en quarantaine peuvent recevoir une amende entre 25 et 500 euros; les sanctions pour les entreprises qui ne respectent pas les règles sont renforcées. En cas de récidive, l'amende de base de 4000 euros est portée au double (8000 euros) et l'autorisation de l'établissement peut être suspendue pour trois mois. Ces entreprises, par exemple du secteur de la restauration, du commerce ou de l'artisanat, ne seront pas éligibles aux aides financières de l'État.

### **C'est une règle «+10»**

Hier matin, les membres de la commission de la Santé ont poursuivi leurs travaux sur le projet de

loi. En raison d'une remarque du Conseil d'État, les mesures devraient être en vigueur le lendemain, et non, comme le prévoyait le texte initial, le jour même de leur publication au Journal officiel. Par conséquent, sous condition que le texte soit voté, la loi devrait être publiée au Journal officiel demain et serait applicable à partir de samedi (donc à minuit dans la nuit de vendredi à samedi).

Par ailleurs, les députés ont décidé de suivre la proposition du Conseil d'État en y ajoutant la phrase: «Ne sont pas prises en considération pour le comptage les personnes qui font partie du ménage ou qui cohabitent au domicile.» Ce point avait également suscité des discussions en commission parlementaire. L'objectif est de préciser qu'il s'agit d'une règle «+10». Concrètement, un ménage de six personnes aura le droit d'inviter dix autres personnes, ce qui porterait le nombre de personnes rassemblées à 16 au total. Ces personnes ne devront par ailleurs ni respecter les deux mètres de distance entre les personnes ni porter de masque.

Outre le Conseil d'État, la Commission consultative des droits de l'homme a également publié, hier, un avis sur le projet de loi en question. Elle a notamment souligné «comprendre la nécessité d'agir rapidement face aux nouveaux développements de la pandémie» tout en réitérant «sa crainte que l'urgence dans laquelle le projet de loi doit être examiné et avisé limite de manière considérable la possibilité, en termes de temps et de moyens, pour tous les acteurs de contribuer

au débat démocratique, particulièrement important en situation exceptionnelle telle que nous vivons actuellement».

### **«La rapidité peut fragiliser l'État de droit»**

Pour la CCDH, «il est primordial d'accorder le temps nécessaire à l'élaboration des projets de loi qui restreignent un nombre élevé de droits fondamentaux. Une telle approche permettrait notamment d'éviter l'élaboration de plusieurs lois subséquentes qui, l'une après l'autre, doivent être rédigées avec une rapidité qui fragilise l'État de droit.»

La CCDH rappelle une nouvelle fois que, dans le cadre des nouvelles restrictions de la liberté de rassemblement et du droit au respect à la vie privée et familiale, il est important «de veiller à la cohérence des mesures et de publier et de communiquer toutes les informations» et que «le gouvernement doit fonder ses décisions sur des données scientifiques vérifiables, sinon l'ingérence dans les droits humains pose problème». Selon la CCDH, le gouvernement doit aussi «veiller à la clarté, la précision et la complémentarité des messages».

Enfin, dans le volet des nouvelles sanctions pour les personnes en quarantaine et en isolement, la CCDH insiste sur «l'importance de veiller aux situations individuelles des personnes concernées et de proposer des solutions adaptées au lieu de pénaliser, via des amendes, des personnes se trouvant déjà dans une situation de précarité».

# Tendenz steigend

**Paulette Lenert stellt die Zahlenbasis für die neuen Covid-Maßnahmen vor**

**Luxemburg.** Immer wieder steht die Frage im Raum, auf welche Daten und Zahlen sich die Regierung basiert, wenn sie Entscheidungen trifft. So hieß es vergangene Woche, dass der außerordentliche Regierungsrat vom Sonntag Experten anhöre, die die neuesten Zahlen noch verarbeiten müssten, um eventuelle Maßnahmen zu beschließen. Gestern stellte Paulette Lenert die Zahlen der Woche vom 13. bis 19. Juli vor. Und die Trends, die sich abzeichnen, wie beispielsweise das sinkende Durchschnittsalter bei Neuinfizierten und hos-

pitalisierten Personen. Die schockierenden Szenarien, die die Forscher der Task Force von Research.lu in ihren Simulationen am Sonntag veröffentlichten kommentierte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) so: „Sie liegen im Wahrscheinlichkeitsspektrum von ... bis. Wir rechnen nicht damit, dass es dazu kommt.“

Dennoch hatte die Regierung wegen der steigenden Neuinfektionen am Sonntag eine gesetzliche Verschärfung der Regeln beschlossen, die sie am Montag vorlegte. Die Gutachter sind aller-

dings nicht ganz zufrieden damit. Sowohl der Staatsrat als auch die Menschenrechtskommission monieren in ihren Gutachten, dass der Entwurf nicht kohärent sei. Zudem beanstanden sie, dass der Text stellenweise unpräzise sei. Eine Opposition formelle, wie noch bei dem ersten Covid-Gesetz, spricht die Hohe Körperschaft allerdings nicht aus. Folglich kann das Parlament bereits heute über den Entwurf abstimmen, nur vier Tage, nachdem die Regierung den Entwurf auf den Instanzenweg geschickt hatte. *wel / DS*



*Die Infektionsherde mit vielen Betroffenen halten sich in Grenzen, das Problem bleiben die vielen kleinen Einzelfälle aus dem privaten Bereich. Nun soll kräftig sensibilisiert werden.* Foto: Anouk Antony

# Leicht mehr, aber nicht alarmierend

Gesundheitsministerin Paulette Lenert hält Retrospektive auf die Covid-19-Zahlen vom 13. bis 19. Juli

Von Annette Welsch

Auch in der Woche vom 13. bis zum 19. Juli stiegen die Neuinfektionen kräftig an: 684 waren es, 402 noch die Woche davor. Allerdings ist auch die Testzahl von 64 952 auf 94 031 gestiegen. Was die Quote der positiven Tests anbelangt so ist auch sie von 0,85 auf 1,08 angestiegen. „Das ist eine leichte Steigerung, aber noch nicht alarmierend“, sagte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern bei ihrer Retrospektive der Daten vom 13. bis 19. Juli, auf die sich auch die Regierung unter anderem stützte, als sie am Sonntag die neuen Maßnahmen beschloss.

Das Durchschnittsalter der Infizierten bleibt niedrig: es sank nochmals von 35,9 auf 35,5. Der Anteil der positiven Tests, die durchgeführt wurden, weil eine Person Covid-19-Symptome aufwies ist noch immer hoch. Er lag bei 63 Prozent und stieg vergangene Woche auf 75 Prozent. Ein wichtiger Parameter für die Einschätzung der Lage ist auch der Anteil der Neuinfizierten, die bereits in Quarantäne sind. Er ging von 43 auf 44 Prozent hoch. „Das sind Personen, die das Virus nicht mehr weitergeben können, weil sie schon isoliert sind. Es ist wichtig, diese Zahl im Hinterkopf zu behalten.“

76 Prozent der mehr als 94 000 Tests der vergangenen Woche waren Bestandteil des Large Scale Testing. Dabei wurden 13 Prozent der positiven Fälle gefunden. Personen also, die keine Symptome aufwiesen und normalerweise (noch) nicht aufgefallen wären.

876 Personen wurden vergangene Woche isoliert, es waren 566 in der Woche davor. „Das steigt also, genau wie die Quarantänen, von denen 1 255 vergangene Woche und mittlerweile 2 175 Personen betroffen sind.“ Keine alarmierenden Zahlen gibt es auch über die stationären Aufnahmen in ein Krankenhaus: Sie sanken leicht von 37 auf 34 Personen, wobei die Zahl der Patienten auf einer Intensivstation bei fünf Personen lag, drei waren es zuvor. „Wir sind hier noch im-

mer bei ganz kleinen Zahlen.“

57 Jahre beträgt das Durchschnittsalter der Hospitalisierten, während es eine Woche vorher noch bei 59 lag. „Es bleibt die Tendenz, dass eine weit jüngere Population betroffen ist, als das noch im März der Fall war“, kommentierte die Ministerin, die in diesem Zusammenhang auch darauf verwies, dass drei Viertel der Personen in Quarantäne unter 45 Jahre alt sind.

In der hoch geforderten Tracing-Equipe sind derzeit 85 Leute 7/7 Tage im Einsatz. Sieben Personen betreuen die Hotline, die derzeit auch zuständig ist für die Anfragen nach Tests, um in ein Land in Urlaub fahren zu können, das einen negativen Test verlangt. „Sie werden nun auf zehn aufgestockt und 40 Personen werden gerade zusätzlich ausgebildet, um wenn nötig in Anspruch genommen werden zu können und um die anderen zu ersetzen.“

### 3 000 Reisetests in Warteschleife

Was nun die kurzfristig nötigen Tests anbelangt, um reisen zu können, so liegen 3 000 Anfragen in der Warteschleife, 1 388 Fälle bekamen einen positiven Bescheid und 819 wurden verweigert: Weil der Test in dem Reiseland gar nicht verlangt wird, weil jemand präventiv getestet werden wollte oder die Papiere nicht in Ordnung waren. „Wir machen, was wir können. Alternativ müssen die Betroffenen in ein Labor gehen und sich selber testen lassen“, erklärte Lenert. Heute soll sich der Regierungsrat mit der Frage befassen, bis wann dieser Service angeboten wird. Derzeit ist er bis Ende des Monats geplant.

Lenert informierte auch über die so genannten Cluster oder Infektionsherde: Mehr als drei Personen, die sich über sieben Tage gesehen im selben räumlichen Zusammenhang angesteckt haben. 33 dieser Herde wurden identifiziert, die mit einer Anzahl von Betroffenen zwischen drei und 16 Personen „noch gut überschaubar sind“, wie Lenert sich ausdrückte.

Mit zwölf Infektionsherden sind die Lyzeen und Schulen am meis-

ten betroffen, fünf Herde befinden sich in Alters- und Pflegeheimen – elf Infizierte in drei Heimen derzeit –, sechs Herde finden sich im Bau- und drei im Horesca-Sektor. Insgesamt gehören ungefähr 400 Personen zu diesen Gruppen. „Wir haben keine Superspreeder mehr“, erklärte Lenert.

Generell merke man nach wie vor, dass die Leute sich anstecken, weil sie schlicht die Distanzregeln nicht beachten, keine Vorsicht walten lassen: Am Arbeitsplatz noch aufpassen, aber beim gemeinsamen Mittagessen nicht mehr oder bei Fahrgemeinschaften keine Maske tragen. 25 Prozent der Infektionen geschehen im familiären Umfeld und die kleinen Partys und Zusammenkünfte sind noch immer das größte Problem.

„Wir werden deswegen die Sensibilisierung verstärken und darauf hinarbeiten, dass jeder versteht, warum die Distanzregeln so wichtig sind. Das Virus überträgt sich nun einmal von einem zum anderen – ob in der Freizeit, auf der Arbeit, im Land oder im Urlaub.“

Man sei auch bemüht, gemeinsam mit dem Staterc die Zahlen zu den Ansteckungsmodalitäten besser aufzubereiten. Es sei nun einmal schwer, die vielen Einzelfälle mit ganz kleinen Zahlen zu erfassen, damit man noch besser vor verschiedenen Verhaltensweisen warnen könne. Was nun die neuen Maßnahmen betrifft, so werden nun Kontrollen von Personen durchgeführt, die eigentlich in Quarantäne sein müssten, aber erfahrungsgemäß doch arbeiten oder einkaufen gehen. Für solche Fälle sind bekanntlich nun Bußgelder vorgesehen.

*Wir arbeiten darauf hin, dass jeder versteht, warum die Distanzregeln so wichtig sind.*

### Kritik am Covid-Gesetz

Einen formellen Einwand spricht der Staatsrat in seinem Gutachten zum neuen Covid-Gesetz nicht aus. Allerdings übt er durchaus Kritik. So wirft die Hohe Körperschaft die Frage auf, weshalb die schärferen Maßnahmen nicht direkt über Änderungsanträge in das zweite Covid-Gesetz eingeschrieben wurden, das erst am 17. Juli in Kraft getreten war. Schon damals habe sich abgezeichnet, dass strengere Vorschriften unausweichlich sein würden. Der Staatsrat hält auch fest, dass die Einschränkungen

Santé

im privaten Bereich deutlich strenger gefasst werden, dass sich für das Gaststättengewerbe aber nichts ändert. Nur die Sanktionen werden verschärft. Die schärferen Sanktionen an sich beanstandet der Staatsrat nicht, er rät allerdings zu einer klareren Formulierung. Das gilt auch für die neue Bestimmung, dass im Fall wiederholter Zuwiderhandlungen die speziellen Covid-Beihilfen für die Betriebe zurückerstattet werden müssen.

Darüber hinaus hat der Staatsrat vor allem juristische Bedenken. Der Begriff „événements à caractère privé“ sei nicht klar genug formuliert, heißt es in dem Gutachten. So wie

der Text verfasst sei, könnte man annehmen, dass die Beschränkung auf zehn Personen nur gilt, wenn die private Zusammenkunft auf Einladung erfolgt.

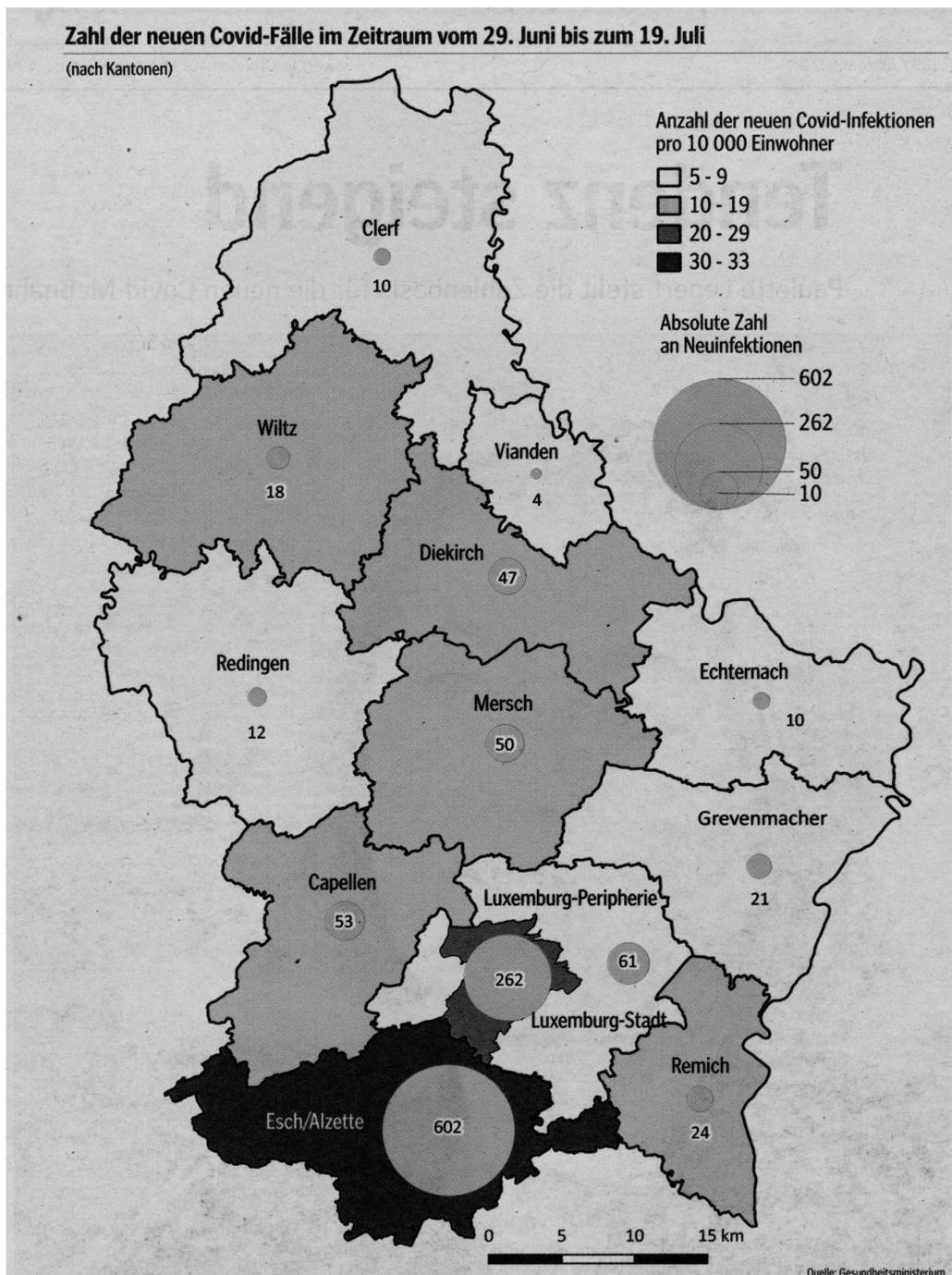
Um den parlamentarischen Prozess zu beschleunigen – das neue Gesetz soll bereits heute verabschiedet werden – liefert der Staatsrat erneut die Textvorschläge mit. So soll klarer definiert werden, dass die Begrenzung auf zehn Personen sich explizit auf die Menschen bezieht, die nicht zum Haushalt gehören. Die Räte geben in dem Zusammenhang zudem zu bedenken, dass es für die Polizei schwierig sein wird, die Vorschrift im privaten Raum zu kontrol-

lieren und zu ahnden.

Was nun die Aufhebung der Quarantäne nach einem negativen Testergebnis durch den Santé-Direktor betrifft, wirft die Hohe Körperschaft die Frage auf, ob der Bescheid formell erfolgen muss oder ob eine einfache Benachrichtigung ausreicht.

Ähnlich argumentiert auch die Menschenrechtskommission. Sie moniert die Schnelligkeit, mit der der Entwurf 7634 die parlamentarischen Hürden nehmen muss. Für fundierte Gutachten bleibe kaum Zeit. Vor allem aber wirft sie, ähnlich wie der Staatsrat, die Frage auf, wieso das zweite Covid-Gesetz noch Hals über Kopf verabschiedet wurde, obwohl

sich bereits zum damaligen Zeitpunkt abzeichnete, dass der Text schon obsolet war. Die Restriktionen im aktuellen Gesetzentwurf seien nicht kohärent, heißt es weiter in dem Gutachten. Im privaten Umfeld seien Zusammenkünfte von mehr als zehn Personen verboten, im Horeca-Bereich seien sie hingegen möglich. Die CCDH kritisiert auch, dass der Begriff „caractère privé“ nicht klar genug definiert sei. Zudem sei es für die Polizei schwierig, die neuen, mit Sanktionen belegten Bestimmungen durchzusetzen. Gut findet die Kommission hingegen, dass die Regierung mehr Wert auf die Sensibilisierung der Bevölkerung legen will. DS



# Staatsrat lässt neues Covid-Gesetz passieren

Der Staatsrat äußert in seinem Gutachten zwar Kritik an dem neuen Covid-Gesetz, belegt den Entwurf aber nicht mit einer Opposition formelle.

Erst am Montag hatte die Regierung das dritte Covid-Gesetz eingebracht, das die Regeln im Kampf gegen die Pandemie wieder verschärfen soll. Nun hat der Staatsrat sein Gutachten vorgelegt.

Einen **formellen Einwand spricht der Staatsrat in seinem Gutachten [zum neuen Covid-Gesetz](#) nicht aus**. Allerdings gibt es in einigen Punkten durchaus Kritik. So wirft die Hohe Körperschaft die Frage auf, weshalb **die schärferen Maßnahmen nicht direkt über Änderungsanträge in das zweite Covid-Gesetz eingeschrieben wurden, das erst am 17. Juli in Kraft getreten war**. Schon zum damaligen Zeitpunkt habe sich abgezeichnet, dass strengere Vorschriften unausweichlich sein würden.

Der Staatsrat hält auch fest, dass die **Einschränkungen im privaten Bereich** deutlich strenger gefasst wurden, dass sich für das Gaststättengewerbe aber nichts ändert. In der Horesca-Branche wurden lediglich die Sanktionen verschärft.

Darüber hinaus hat der Staatsrat vor allem **juristische Bedenken**. Der Begriff „**événements à caractère privés**“ sei nicht klar genug formuliert, heißt es beispielsweise in dem Gutachten. So wie der Text verfasst sei, könnte man annehmen, dass die Beschränkung auf zehn Personen nur gilt, wenn die private Zusammenkunft auf Einladung erfolgt.

Um den parlamentarischen Prozess zu beschleunigen - das neue Gesetz soll bereits am Donnerstag verabschiedet werden - **liefert der Staatsrat erneut die Textvorschläge mit**. So soll klarer definiert werden, dass die Begrenzung auf zehn Personen sich explizit auf die Menschen bezieht, die nicht zum Haushalt gehören. Die Hohe Körperschaft gibt in dem Zusammenhang allerdings zu bedenken, dass es für die Ordnungskräfte schwierig sein wird, die Vorschrift im privaten Raum zu kontrollieren und gegebenenfalls zu ahnden.

Was nun die **Aufhebung der Quarantäne** nach einem negativen Testergebnis durch den Santé-Direktor betrifft, wirft die Hohe Körperschaft die Frage auf, ob der Bescheid formell erfolgen muss, oder ob eine einfache Benachrichtigung ausreicht.

Die **schärferen Sanktionen im Horeca-Bereich** beanstandet die Hohe Körperschaft nicht, allerdings raten die Räte auch in diesem Punkt zu einer klareren Formulierung. Das gilt auch für die neuen Bestimmungen, dass im Fall wiederholter Zuwiderhandlungen, die speziellen Covid-Beihilfen für die Betriebe zurückerstattet werden müssen.

## Zu schnell, inkohärent und unpräzise

Ähnlich argumentiert auch die **Menschenrechtskommission** in ihrem Gutachten. Sie moniert die Schnelligkeit, mit der der Entwurf 7634 die parlamentarischen Hürden nehmen muss. **Für fundierte Gutachten bleibe kaum Zeit**. Vor allem aber wirft sie, ähnlich wie der Staatsrat, die Frage auf, wieso das zweite Covid-Gesetz noch Hals über Kopf verabschiedet

wurde, obwohl sich bereits zum damaligen Zeitpunkt abzeichnete, dass der Text schon wieder obsolet war.

Die **Restriktionen im aktuellen Gesetzentwurf seien nicht kohärent**, so die Menschenrechtskommission. Im privaten Umfeld seien Zusammenkünfte von mehr als zehn Personen verboten, im Horesca-Bereich seien sie hingegen möglich. Die CCDH kritisiert auch, dass der Begriff „**caractère privé**“ **ist nicht klar genug definiert ist**. Zudem sei es für die Polizei schwierig, die neuen, mit Sanktionen belegten Bestimmungen auch durchzusetzen.

Gut findet die Kommission hingegen, dass die Regierung mehr Wert auf die Sensibilisierung der Bevölkerung legen will.

Folgen Sie uns auf [Facebook](#) und [Twitter](#) und [abonnieren Sie unseren Newsletter](#).

Source : <https://www.wort.lu/de/politik/staatsrat-laesst-neues-covid-gesetz-passieren-5f181573da2cc1784e3622eb>

[National](#) - Avis vun der Mënscherechtskommissioun

**Extrem kuerz Delaie fragiliséieren de Rechtsstaat**

RTL | Update: 22.07.2020 11:47 | [3 Commentaire\(n\)](#)



De CCDH-President Gilbert Pregno / © RTL Archiv (Didier Weber)

Déi consultativ Mënscherechtskommissioun (CCDH) kritiséiert op en Neits, datt d'Gesetzer nach ëmmer an der Hetz geschriwwen a gestëmmt ginn.



D'CCDH huet um Mëttwoch hiren Avis publizéiert zum neie COVID-Gesetz, datt um Donneschde soll an der Chamber gestëmmt ginn, an dëse fält, wéi och schonn déi 2 virdrun, nawell kritesch aus.

D'Gesetz, fir dat d'Mënscherechtskommissioun, an och déi aner Acteuren, kommentéiere sollen, gouf e Méindeg presentéiert, 4 Deeg nodeems dat lescht Gesetz gestëmmt gouf, a soll bannent 4 Deeg duerch d'Chamber kommen. Den demokratesche Prozess an d'Qualitéit vun den Texter géif leiden, wann an esou enken Delaie misst geschafft ginn, esou d'CCDH. Et misst manner an der Urgence geschafft ginn, virun allem vue dass d'Regierung selwer sot, et misst een eng Zäit ofwaarden, fir ze kucken, op Mesure gräifen.

Fir d'CCDH ass et net ze verstoen, datt d'Chamber d'Gesetz d'lescht Woch an der Urgence gestëmmt huet, wa schonn deemools kloer war, datt et net géing duergoen. Wa Gesetzer, déi esou e staarken

Impakt op d'Grondrechter hätten, an esou enger Hetz geschriwwen a gestëmmt géife ginn, géif dat de Rechtsstaat fragiliséieren, schreift d'Mënscherechtskommissioun.

Zu den neien Aschränkunge vun der Versammlungsfräiheet, mam neie Gesetz dierf een net méi wéi 10 Persoune bei sech Doheem ëmfänken, freet sech d'CCDH, op dës Restriktiounen effikass sinn, fir d'Verbreede vum Virus anzedämmen, oder ob et net méi effikass Measure géife ginn, déi d'Grondrechter manner beschneide géifen. An hei kennt d'Mënscherechtskommissioun op hir Kritik vun hiren aneren Avisen zréck: et géif een d'Aussoe vun der Regierung, d'Leit géife sech virun allem am Privatem ustiechen, net a Fro stellen, ma dat wier net z'iwwerpräiwen, well ee keen Accès op d'Donnéeën hätt.

Wuel géif d'COVID-19 Task Force an hirem Rapport vum Sonndeg undeiten, datt Restriktiounen am Privatem néideg wieren, och wann de Begrëff an den Ae vun der CCDH net kloer genuch definéiert ass. Hei géing awer och rieds vum Teletravail an dem Verstärke vun der Tracing-Ekip, déi een awer net am Text erëmfanne géif. D'Mënscherechtskommissioun wonnert sech dann och iwwert Aussoe vun der Regierung, d'Resultater vum Contact Tracing wiere keng konkret Donnéeën an et kéint een se zu dësem Moment net publizéieren, vue datt se sech jo awer dorop baséiert.

D'Donnéeë vum Contact Tracing, wou d'Leit sech ustiechen, misste systematesch publizéiert ginn, fuerdert d'CCDH. Perséinlech Donnéeë misste wuel anonymiséiert ginn, dierften awer net als Virwand benotzt ginn, fir Informatiounen iwwert d'Plazen a Secteuren, wou d'Leit sech ustiechen, zréckzehalen. Dat wier engersäits wichteg, fir erauszefannen, ob et strukturell Problemer a verschiddene Secteure ginn, zum Beispill well d'Recht op en uerdentleche Logement net géif respektéiert ginn oder Leit a prekäre Konditiounen schaffen. Anerersäits géif et jidderengem erlaben, d'Decisiounen vun der Regierung nozevollzéien an zum Beispill ze verstoen, firwat de Risiko bei Leit Doheem als méi héich ageschat gëtt, wéi am Restaurant oder beim Sport.

Wat déi nei Sanktiounen vu 25 bis 500€ fir Leit, déi sech net un den Isolement oder d'Quarantän halen, ugeet, fuerdert d'CCDH, datt déi concernéiert Acteuren och genuch Personal mussen hunn, fir där neier Aufgab gerecht ze ginn. D'CCDH begréisst, datt d'Stof net ze héich ass, freet sech awer, ob dat d'Leit net kéint dovunner ofhalen, all hir Kontakter matzedeelen.

Et misst een hei och oppassen, datt duerch d'Sanktiounen kee Risiko vun Diskriminatioun géif entstoen. D'CCDH beriff sech op Aussoe vun der Gesondheitsministesch an der Press, datt ee bei Persounen, déi keng Openthaltsgeneemegung hätten an/oder schwaarz géife schaffen, gemierkt hätt, datt se sech net ëmmer un d'Quarantän géifen oder kéinten halen. Et dierft net sinn, datt dës Leit, déi schonn a prekäre Situatiounen wieren, duerch déi nei Sanktiounen weider penaliséiert ginn.

D'CCDH fuerdert iwwerdeems op en Neits, datt d'Definitioun vum Isolement a vun der Quarantän musse präziséiert ginn a mécht drop opmierksam, datt wuel eng Rekursméiglechkeet virum Verwaltungsgeriicht méiglech wier, de President dovun a sengem Avis awer schreift "l'accès aux locaux du tribunal administratif d'une telle personne infectée ou "à haut risque d'être infectées" sera purement et simplement refusé". D'Prozedur misst onbedéngt iwwerschaft ginn, esou d'Mënscherechtskommissioun, fir den Accès op d'Justiz an op d'Rekursméiglechkeeten ze garantéieren.

Source : <https://www.rtl.lu/news/national/a/1553155.html>

## Nouvelle loi Covid : toujours autant d'incohérences

Von [Luc Caregari](#) | [2020-07-22](#) | [Gesondheet](#), [Politik](#), [Soziales](#)

[Facebook](#)[Twitter](#)[Email](#)

[Teilen](#)

**On aurait cru que cette fois le gouvernement arriverait à formuler clairement les restrictions qu'il juge nécessaires pour endiguer la pandémie – encore une fois, le Conseil d'État doit revoir la copie pour lui.**



(©chd.lu flickr)

Certes, la pression est grande. Les Luxembourgeois-e-s deviennent personae non gratae dans plus de pays presque chaque jour, les chiffres des infections montent, les projections prédisent une deuxième vague plus meurtrière que la première et presque tout le monde en veut au gouvernement pour diverses raisons. Pourtant, formuler clairement un projet de loi qui ne change que quelques lignes à une loi déjà votée semble avoir été trop difficile.

Du moins, cette fois, la Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) n'a pas été ignorée, et le gouvernement lui a demandé son avis. Un avis qui, de façon peu surprenante, s'en prend à la vitesse à laquelle les autorités veulent faire passer cette loi. Et de se demander pourquoi le gouvernement a agi tellement dans l'urgence pour promulguer la loi précédente « alors [qu'il savait] déjà que les mesures prévues ne suffiraient pas pour lutter efficacement contre la propagation du virus et que de nouvelles mesures devaient être prises ».

La CCDH, tout comme le Conseil d'État, regrette aussi les incohérences sur le passage qui concerne les fameuses « dix personnes » que chacun-e peut inviter chez soi. La commission insiste encore une fois sur le manque d'information du public, qui rend difficile la justification de mesures qui enfreignent les droits humains.

Concernant les sanctions, la CCDH rappelle que le gouvernement doit veiller à ce que chaque personne les comprenne et doit savoir aussi réagir humainement quand il s'agit de personnes sans titre de séjour régulier ou sans papiers. Pour elle, les « mesures d'apparence neutres sont susceptibles d'avoir des impacts différents sur des personnes défavorisées ». Elle souhaite en particulier « éviter des discriminations potentielles ». Des problèmes que le Conseil d'État ne voit pas – mais qui pourraient bien devenir réels, surtout dans le cadre de l'accroissement de la

répression policière que le ministre de la Sécurité intérieure, François Bausch, a annoncée à demi-mots sur RTL.

Source : <https://www.worx.lu/nouvelle-loi-covid-toujours-autant-dincoherences/>